

Helmut Röscheisen und Bjela Vossen

Mehr Umweltschutz wählen Die Wichtigkeit der Europawahl 2009 für die Umweltverbände

„Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa“, hieß früher das Motto für die Besetzung von Brüsseler Posten. Denn in die fernen Institutionen der nicht so ernst genommenen Europäischen Union (EU) wurden gerne ungeliebte oder ausgediente nationale Politiker versetzt. Heute ist dieser Spruch nicht mehr zu hören, da Einfluss und Macht der EU sehr viel stärker geworden sind. Ein Großteil der nationalen Politik wird mittlerweile von der EU bestimmt und dabei spielt das Europäische Parlament (EP) eine bedeutende Rolle.

1 Warum ist das EP wichtig?

Im Umweltbereich haben über 80 Prozent der nationalen Umweltgesetzgebung ihren Ursprung in Brüssel, und fast alle Änderungen im deutschen Umweltrecht werden derzeit durch die EU angestoßen. Mit etwa zwei Jahren Zeitverzögerung treffen die neuen EU-Regeln im öffentlichen Bewusstsein in Deutschland ein – doch dann ist es schon zu spät, um die Inhalte wirklich zu beeinflussen. Wer Einfluss auf die deutsche Umweltpolitik nehmen möchte, sollte den Blick nach Brüssel richten und die dortige Arbeit verfolgen bzw. selbst tätig werden. Das macht die Wahl am 7. Juni so wichtig. Denn in allen Bereichen der Umweltpolitik, z. B. im Naturschutz, bei Luft-, Wasser- oder Tierschutz, werden die Weichen in der Europapolitik gestellt. Zudem ist der Einfluss der deutschen ParlamentarierInnen im EP erheblich, bilden sie doch mit 99 Abgeordneten knapp ein Siebtel der 736 Abgeordnetensitze¹ und damit einen großen Anteil der 369 benötigten Stimmen für eine Annahme in zweiter Lesung. Der Wahlausgang in Deutschland ist also – anders als die

verbreitete Wahrnehmung – durchaus entscheidend für die zukünftige Politik.

In der gesamten EU mit 27 Mitgliedstaaten sind rund 375 Millionen EU-BürgerInnen wahlberechtigt. Das alle fünf Jahre gewählte EP repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt. Das EP ist die einzige Institution der EU, die in direkter Weise die europäischen Bürgerinnen und Bürger repräsentiert. Insbesondere während der letzten 15 Jahre ist die Bedeutung des EP innerhalb der EU-Entscheidungsprozesse stetig gewachsen. Nicht nur bei den meisten Gesetzen darf es inzwischen mitbestimmen, auch beim Haushalt und der Mittelvergabe der verschiedenen Förderprogramme werden die Abgeordneten beteiligt. Außerdem kann das EP durch die Ratifizierung der Ernennung des Kommissionspräsidenten und die Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder mitbestimmen, wer auf leitenden Posten in der EU-Kommission sitzt. Im schlimmsten Fall kann das Parlament der Kommission das Misstrauen aussprechen – allein die Androhung hat sich in der Vergangenheit als wirksam erwiesen.

Doch bedauerlicherweise spiegelt sich die Macht und der Einfluss von Europa und dem EP nicht im Verhalten der Wähler wider. Bei der letzten Europawahl 2004 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei 43,0 Prozent, in Belgien dagegen bei 90,8 Prozent, auf Malta bei 82,4 Prozent. Im Durchschnitt beteiligten sich 45,6 Prozent der EU-Europäer an der Wahl.

2 Wichtigkeit des EU-Umweltschutzes

Die Umweltpolitik ist nicht nur ein Bereich, für den die Bürgerinnen und Bürger große Erwar-

tungen in Bezug auf die europäische Ebene haben². Es ist auch eines der Politikfelder, auf den das Parlament entscheidenden Einfluss hat - in erster Linie in Zusammenarbeit mit dem Rat der EU (Ministerrat) innerhalb des Mitentscheidungsverfahrens. Und sollte der Lissabon-Vertrag in Kraft treten, wird das EP durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Handel und Kohäsionspolitik sowie die Vergrößerung der haushaltspolitischen Befugnisse weiter an Einfluss gewinnen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen ist das EP in einer noch stärkeren Position, um den Umweltschutz und die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern.

Umweltthemen bedürfen aus einem weiteren Grund der besonderen Aufmerksamkeit der EU-ParlamentarierInnen: Trotz der bereits existierenden europäischen Umweltpolitik ist der Zustand von Natur und Umwelt besorgniserregend! Die Berichte der Europäischen Umweltagentur sind eindeutig³: Die Situation der wild lebenden Tiere und Pflanzen verschlechtert sich zunehmend, die Klimaveränderung schreitet fort, die Fischbestände sind erschöpft, Bodenerosion und Wüstenbildung beherrschen bereits ganze Regionen der EU, schädliche Chemikalien bedrohen die Menschen.

3 Umwelt – was steht an?

Ein Weitermachen wie bisher ist nicht möglich. Es wird entscheidend sein, dass das EP während der nächsten Legislaturperiode eine klare Verpflichtung für die Umwelt eingeht – als Investition in die Zukunft. Die EuropaparlamentarierInnen müssen weiterhin umweltpolitische Führungsstärke zeigen: aufbauend auf die bereits getroffenen bedeutenden Umweltgesetzgebungen bezüglich der Naturschutz-, Wasser- und Klimapolitik, der Luftreinhaltung, des Umwelthaftungsrechtes, der Gesetzgebung über genetisch veränderte Organismen, dem Abfallmanagement und dem Umweltinformationsrecht.

Das Parlament sollte effektive Regelungen schaffen, um sicherzustellen, dass all seine politischen Entscheidungen umweltverträglich sind.

Weil viele Herausforderungen ökologischer Art sind, hängt der zukünftige Erfolg der EU von der Stärke ihrer ökologischen Visionen ab. In Zeiten der Ressourcenknappheit und des ökologischen Zusammenbruchs heißt Sicherheitspolitik Klimastabilität und sichere Wasserversorgung. Frieden wird mit effizienter Energiegewinnung aus Wind- und Sonnenkraft erreicht. Dadurch werden Länder unabhängiger von den endlichen Energieressourcen. Nahrungsmittelsicherheit hängt von einer nachhaltigen Landwirtschaft ab. Damit kommt dem Schutz der Ökosysteme eine hohe Bedeutung für Lebensqualität und wirtschaftlichen Wohlstand zu. Die EU muss eine führende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung auf weltweiter, regionaler und nationaler Ebene einnehmen. Sie muss ihr aktuelles Konsumverhalten, ihre Produktionsmuster und ihr Transportverhalten ändern sowie einen niedrigeren Energie- und Ressourcenverbrauch in der Wirtschaft erreichen.

Die Wahl des EP im Juni 2009 ist ein geeigneter Zeitpunkt, um der Welt eine neue EU-Vision zu präsentieren: eine Agenda, die nicht auf Ängsten, Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ökosysteme basiert, sondern auf den europäischen Werten Frieden, Zusammenarbeit, Integration, Solidarität, Respekt vor Menschenrechten und Umweltschutz.

4 Bürgerfernes Europa

Das EP hat sich in der Vergangenheit immer wieder für Umwelthanliegen eingesetzt. Doch der Einfluss des Parlaments hängt nicht nur ab von seiner formalen Rolle in den Entscheidungsprozessen, sondern auch von seiner Legitimität, die entscheidend auf der Wahlbeteiligung beruht. Obwohl die Bürger seit 30 Jahren ihre Vertreter im Europaparlament direkt wählen

können, machen sie in den meisten Mitgliedstaaten und auch in Deutschland von ihrem Wahlrecht immer weniger Gebrauch. Offensichtlich sind Europa und die Institutionen in Brüssel zu weit von den Menschen entfernt. Immer wieder wird beklagt, wie wenig die Bevölkerung über die Zusammenhänge und die Wirkungsweise von Rat, Parlament, Kommission oder Europäischem Gerichtshof weiß. Dieses Informationsdefizit hat viele Ursachen und wäre doch zu beheben, wenn es denn ernsthaft gewollt ist. Fast alle Städte und größere Gemeinden in Deutschland praktizieren Städtepartnerschaften, meistens in den Mitgliedstaaten der EU. Hier gäbe es einen guten Anknüpfungspunkt, um bereits im Kindergarten, später in Schulen und anderen Einrichtungen auf die europäische Idee und die Arbeitsweise der EU in geeigneter Weise einzugehen. Eine schöne Auf-

gabe auch für die UN-Dekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘!

Einen Hinweis für die nach wie vor vorhandene große Distanz der BürgerInnen zur EU bieten auch die derzeitigen Überlegungen der Freien Wählervereinigung, sich an den Europawahlen zu beteiligen. Die Widersacher der Europawahl innerhalb der Organisation befürchten, dass man sich durch die Teilnahme an den Europawahlen zu weit von lokalen Themen und den Bedürfnissen der BürgerInnen entfernt!

5 System der organisierten Unverantwortlichkeit

Zum Desinteresse der BürgerInnen trägt das System der ‚organisierten Unverantwortlichkeit‘ in der EU bei (Brendle/Hey 1994: 685). Dabei



versucht jeder der Akteure, Verantwortlichkeiten auf andere zu schieben. So verweisen nationale Minister bei unpopulären Entscheidungsprozessen im Ministerrat angesichts mangelnder Transparenz gerne auf die entscheidende Rolle Brüssels, obwohl sie doch die Entscheidung selbst häufig herbeigeführt haben. Werden aber populäre Entscheidungen in Brüssel getroffen, so wird der Erfolg von den Regierungen der Mitgliedstaaten als eigener Erfolg verbucht und vermarktet. Hinzu kommt die zu wenig offene Informationspolitik der EU-Kommission, die allzu sehr die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und traditionellem Wirtschaftswachstum betont. Die personell unterbesetzte Generaldirektion Umwelt kann hieran wenig ändern. Häufig ist daher das Europaparlament Gralshüter von Umweltschutzinteressen. Zunehmend kann das Parlament diese Interessen, etwa zuletzt bei der Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden, gegenüber Kommission und Rat durchsetzen. Für die Umweltverbände ist daher ein starkes EP – und dazu gehört auch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen – besonders wichtig.

Hinzu kommt, dass immer noch zu viele Experten der deutschen Umweltverbände in erster Linie auf nationaler Ebene arbeiten und sich zu wenig um die Vorgänge auf EU-Ebene kümmern, meist erst dann, wenn die Grundsatzentscheidungen in Brüssel schon längst gefallen sind. Wichtige Ausnahme ist die Mitwirkung des politischen Direktors von Euronatur, Lutz Ribbe, der als Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses häufig als Berichterstatter zu wesentlichen Themen in Erscheinung tritt.

6 Chancen und Schwierigkeiten der Wähler-Mobilisierung

Die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings (DNR), dem Dachverband von 98 deutschen Umweltverbänden, begleitet die Vorbereitungen auf die Europawahl durch

verschiedene Veranstaltungen und aktuelle Informationen. Derzeit erarbeitet sie auf Grundlage eines Positionspapiers der zehn großen Brüsseler Umweltverbände Forderungen für die anstehende Legislaturperiode des EP.

Bereits vor der letzten Europawahl stieß die Diskussion zu europäischen Umweltthemen mit EP-SpitzenkandidatInnen verschiedener Parteien bei einer ‚Streitbar‘ in der mit diesem Veranstaltungskonzept verbundenen lockeren Atmosphäre auf großen Zuspruch. Eine Neuauflage ist daher auch im Vorfeld der Wahl im Juni 2009 vorgesehen.

Zur Kommunikationsstrategie des DNR vor der Europawahl gehören auch die gezielte Unterrichtung bundesweit tätiger Journalisten über die zentralen Umweltprobleme und die dazu erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen zu deren Umsetzung. Eine gewisse Breitenwirkung dürfte auch durch die Platzierung vorbereiteter redaktioneller Beiträge in den auflagenstarken Mitgliederzeitschriften der größeren DNR-Mitgliedsverbände zu erreichen sein. Immerhin ist der DNR mit den mehr als 5,5 Millionen Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsorganisationen der viertgrößte deutsche Dachverband.

7 Neue Hoffnungen

Der Lissabon-Vertrag würde mit einem neuen Instrument, dem Europäischen Volksbegehren, eine wichtige Brücke zum Bürger schlagen. Bei Vorliegen von mindestens einer Million gültiger Unterschriften der BürgerInnen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten muss die EU-Kommission die Behandlung bestimmter Themen aufgreifen.⁴

Interesse und Beteiligung an der Europawahl könnten entscheidend gesteigert werden, wenn es zu einem neuen großen Reformprojekt in Europa käme. Nach der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung wäre die Gründung einer Europäi-

schen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien ein eindrucksvolles Signal für das gemeinsame Handeln einer nachhaltigen Entwicklung Europas. Der DNR sollte bei der bevorstehenden Europawahl versuchen, zusammen mit anderen Gruppierungen, die Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien zum Wahlkampfthema zu machen.

Dr. Helmut Röscheisen, Dipl.-Kaufmann, Magister der Verwaltungswissenschaft und Assessor, ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings. Kontakt: Deutscher Naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de.

Bjela Vossen, Dipl.-Biologin, ist Leiterin der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Kontakt: bjela.vossen@dnr.de, www.eu-koordination.de.

Anmerkungen

¹Da der Lissabon-Vertrag im Juni 2009 noch nicht in Kraft getreten ist, wird nach dem Vertrag von Nizza gewählt und demnach können 736 Abgeordnetensitze vergeben werden. Sollte der Lissabon-Vertrag später in Kraft treten, könnten ab 2010 noch 18 Abgeordnete zusätzlich aus 12 Ländern nachrücken und die Abgeordnetenzahl auf 754 steigen.

²Eine Eurobarometer-Umfrage zeigte im März 2008, dass über 95 Prozent der

EuropäerInnen es für ‚wichtig‘ (zwei Drittel: ‚sehr wichtig‘) halten, die Umwelt zu schützen. 80 Prozent finden, dass die Umwelt Einfluss auf ihre Lebensqualität hat und dass sie zu ihrem Schutz beitragen müssen. Über zwei Drittel der Befragten sprachen sich dafür aus, dass Entscheidungen zu Umweltfragen auf EU-Ebene getroffen werden sollten (http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_295_de.pdf).

³Vgl.: Die Umwelt in Europa – der vierte Lagebericht (2/2007): http://reports.eea.europa.eu/state_of_environment_report_2007_2/de.

⁴Im Vertrag von Lissabon (Art. 11 IV EUV) heißt es: „Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsaktes der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen“.

Literatur

Hey, Christian/Brendle, Uwe 1994: Umweltverbände und EG. Strategien, Politische Kulturen und Organisationsformen. Opladen: Westdeutscher.